

of demo dinge...

Unabhängige Literatur- und Polit-Kulturzeitung für Ochtendung / Ausgabe 9 / Dezember 2004

Dobre Den!

Dobre Den (Guten Tag)! Mit diesem slowakischen Gruß berichten wir in der letzten Ausgabe des Jahres, u.a. über die wechselläufige Geschichte der Slowakei.

In gewohnter Manier haben wir auch in dieser Ausgabe einen ausführlichen Bericht von der Gemeinderatssitzung am 15. Dezember 2004 erstellt.

Die Kreistagssitzung am 20. Dez. 2004 wurde von uns, als offizieller Vertreter der Ochtendunger Presse, begleitet. In dieser Sitzung ging es u.a. um das Thema Windkraftanlagen auf dem Maifeld, (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Des Weiteren, ist die Umlageerhöhung (Abgaben der Kommunen an den Kreis Mayen-Koblenz), beschlossen worden. Der Gemeinderat Ochtendung hat mehrheitlich die Anhebung der Grundsteuer in dieser Maßnahme begründet.

In unserer Karikatur verweigern wir die metaphorhafte¹ Aussage eines Fraktionsvorsitzenden des Kreistages zum Thema Umlageerhöhung.

Eine Signalwirkung geht von Ochtendung aus: Zum 3. Mal ist die herausragende Begleitung der „Literaturtage im jungen Landkreis Mayen-Koblenz“ im Buch „Dichterfressen“, durch uns (*Ich tu's*-Verlag, Jürgen O. Stange und *Simmer Medientechnik*, A. Patrick Simmer), dokumentiert. Nach anfangs 45 jungen Literaten (2002), haben über 160 im 2. Jahr, nun mehr als 300 Nachwuchs-Schriftsteller ihre Werke eingereicht. Das ist in Zeiten von PISA eine wahrhaft großartige Leistung und unser Beitrag zum kulturellen Geschehen hier in der Region. Diesem „Dichterfressen III“ ist der Literaturbeitrag entnommen.

Ein weiterer Beitrag für die Allgemeinheit ist auch das politische Engagement von der Wählergruppe „Ich tu's“. In diesem Zusammenhang lädt die Wählergruppe ein. Am 9. Febr. 2005, um 19.11 Uhr, veranstaltet sie ihren „Politischen Aschermittwoch“, beim Henk im Saal der Gaststätte „Zur Post“. Wie im letzten Jahr werden kommunal- und kulturpolitische Themen auf der Tagesordnung stehen. Mit erfahrungsgemäßigem Hintergrundwissen, wird die vergangene Tagespolitik Ochtendungs beleuchtet und auf den Punkt gebracht.

Unter dem Abschnitt *Sonderpost* stellt „Ich tu's“ DIE BÜRGER-Initiative e.V.“ eine mehrseitige Rubrik mit Rhein-Zeitungsveröffentlichungen der letzten Wochen, für alle Bürger, gerade auch für die, die keine Rhein-Zeitung beziehen, zur Verfügung.

Wir beschreiben die lebhafteste Einwohnerversammlung, mit der Vorstellung des Kulturhallen-Konzeptes und zeigen Rede-Beiträge und Anfragen der Bürger.

Hinweis: Am Mittwoch 12.1.2005 findet um 19.00 Uhr eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt. TOP 1 behandelt die Umplanung der Mehrzweckräume 1 und 2 in der Kulturhalle Ochtendung.

1 Metapher (griech.), sprachliches Bild, dessen Bedeutungsübertragung auf Bedeutungsvergleich beruht: das eigentlich gemeinte Wort wird durch ein anderes ersetzt, das eine sachliche oder gedankliche Ähnlichkeit oder dieselbe Bildstruktur aufweist. (z.B. „Quelle“ für „Ursache“)

Da Bürgermeister Reinhard Theisen erkrankt war, wurde die öffentliche Sitzung am 15. Dezember durch Clemens Neises eröffnet. Haushaltsexperte der Verbandsgemeinde Udo Pusch war zugegen. Das Protokoll für die Verbandsgemeinde wurde durch Verbandsbürgermeisterin Anette Moesta geführt. Pressevertreter waren Heinz Israel für die Rhein-Zeitung und A. Patrick Simmer für die Kulturzeitung „of demo dinge...“.

Tagesordnungspunkt 1: Bürgerfragestunde

Clemens Neises erkundigte sich nach Fragen der anwesenden Personen. Herr Stange trug ein persönliches Problem vor. Er forderte eine Entschuldigung und Rücknahme einer Beleidigung. Zur Erklärung: Bei der Einwohnerversammlung mit dem Thema Kulturhalle wurde sein persönlicher Vortrag durch Zwischenrufe gestört. Unter anderem fiel dort auch das Wort „Demagoge“ (Volksverhetzer, Manipulator der Massen). Dieter Puschke erklärte, dass dieses Thema nicht in den Bereich der Bürgerfragestunde gehört und erläuterte, dass es Institutionen in der Bundesrepublik gäbe, wo man sich mit solchen Problemen hinwenden kann. Emil Barz, Fraktionsvorsitzender der CDU war einer der Zwischenrufer. Er sah jedoch keine Grundlage sich zu entschuldigen.

Clemens Neises trug zum Thema Fragestunde einen Brief der Ich tu's –DIE BÜRGER- Initiative vor. Dieser enthielt 3 Problemstellungen. 2 Fragen wurde im öffentlichen Teil behandelt. Eine Frage wurde nicht verlesen.

1. Frage: Ein Rollstuhlfahrer erfragt eine Absenkung des Bordsteines, damit er ohne Probleme in sein Grundstück fahren kann. Desweiteren parken vor dem Grundstück regelmäßig Autos im Parkverbot, was die Lage des Rollstuhlfahrers zusätzlich erschwert.

Antwort Neises: Das Problem mit dem falschparken wird regelmäßig kontrolliert. Ein Termin mit der betreffenden Person wurde im Vorfeld wahrgenommen.

Rückfrage Stange: Der Rollstuhlfahrer kommt aufgrund des nicht abgesenkten Bordsteines nicht auf sein Grundstück. Darf dieser denn auf eigene Kosten den Bordstein absenken?

Antwort Neises: Dieses muss noch mal genau geprüft werden.

2. Frage: Müssen die Niederschriften wirklich per Post zugestellt werden?

Antwort Neises: Zu diesem Thema ist auch die Verbandsgemeinde angesprochen worden. Der Sortieraufwand ist einfach zu groß.

Ein anwesender Bürger meldete sich ebenfalls mit einer Frage zu Wort:

Kann im Ruitscher Weg nicht eine Parkverbotszone eingerichtet werden? Im Winter sind diese Fahrzeuge nur erschwert zu passieren.

Antwort Neises: In diesem Gebiet gilt die 30 Stundenkilometerzone. Die parkenden Autos wirken sich auch auf die Fahrgeschwindigkeit aus. Somit müssen die Fahrer langsamer fahren.

Tagesordnungspunkt 2: Haushaltsplan 2005

Die Einnahmen der Gemeinde belaufen sich auf 3,4 Millionen Euro, die Ausgaben auf 3,8 Millionen Euro. Somit ist im laufenden Haushaltsjahr ein Defizit von rund 400.000 Euro entstanden. Herr Neises erklärt dieses damit, dass die Einnahme durch die Gewerbesteuer 250.000 Euro niedriger ausgefallen ist. Die Einkommenssteuer ist um 110.000 Euro zurückgegangen. Durch das Anheben der Grundsteuer erwartet die Gemeinde 36.000 Euro Mehreinnahmen. Zusätzlich erhält die Gemeinde dieses Jahr eine sogenannte Schlüsselzulage in Höhe von 78.000 Euro. Diese erhielt die Gemeinde zuletzt im Jahr 1997. Für den kommenden Haushalt sind folgende Ausgaben angedacht: Renovierung Burg Wernerseck 250.000 Euro, Baugebiet Seiberts-pfad 150.000 Euro, Bürgerhalle 2.200.000 Euro. Der entstehende Fehlbetrag wird über Kredite ausgeglichen (1,5 Mio. Euro)

Barz (CDU): Die CDU steht zu der Grundsteuererhöhung. Die Bürgerhalle sei ein zukunftsweisendes Projekt. Bei der Renovierung Burg

Wernerseck ist der Betrag von 250.000 Euro die Obergrenze – hier sollte nur das nötigste gemacht werden. Der finanzielle Einsatz in dem Baugebiet Seibertspfad sieht die CDU als angemessen, da die Bürger dort Anspruch auf eine Baustraße haben. Barz erklärt, dass die Grundstücksverkäufe in Ochtingung einen großen Schwerpunkt darstellen. Der geplante Kreisverkehrsplatz sollte nach seiner Meinung vorerst nur mit 5.000 Euro veranschlagt werden. Dieses Projekt ist ohne Zuschuss nicht zu verwirklichen. Nach den Ausführungen bedankte sich Emil Barz bei der Verwaltung der Orts- und Verbandsgemeinde und beim anwesenden Haushaltsexperten der Verbandsgemeinde Udo Pusch. Kalter (SPD): Die Kindertagesstätten sollten besonderes berücksichtigt werden. Der Verwaltungshaushalt finanziert sich wie im letzten Jahr nicht selbst. Für das Jahr 2005 auf 2006 werden härtere Hausaufgaben dem Rat auferlegt. Das Konzept Bürgerhalle liegt ganz auf der Linie der SPD. Er kann jedoch nicht verstehen, dass sich die Meinung in der Bürgerschaft so umgeschlagen hat. Das Konzept für den geplanten Kreisverkehr ist von der SPD akzeptiert. Die SPD stimmt somit dem Haushaltsplan zu, auch mit der von der SPD nicht gewollten Grundsteuererhöhung.

Weiß (FWG): Die FWG schließt sich den Worten der Vorredner an und stimmt für den Haushaltsplan.

Stange (Ich tu's): Aus den bekannten Gründen (u.a. Bürgerhallenbau) stimmt Ich tu's gegen den Haushaltsplan.

Abstimmung: 1 gegen den Haushaltsplan, Rest für den Haushaltsplan

Tagesordnungspunkt 3: Satzungsänderung Industriepark Oberholz

Das Gebiet soll verkleinert werden, da der DHD die Baumaßnahme stören würde. Die Baufelder 5-7 sollen aus dem Entwicklungsgebiet gestrichen werden. Die Ratsmitglieder erhielten im Vorfeld einen kopierten Plan. Anhand diesen erläuterte Clemens Neises die Bebauungsplanänderung.

Spruch des Monats

**Das Verhängnis
unserer Kultur ist,
dass sie sich
materiell viel stärker
entwickelt hat
als geistig.**

Albert Schweitzer

Barz (CDU): Die CDU sieht sich genötigt, diesem Plan zuzustimmen.

Kalter (SPD): Baufelder 1-4 reichen vorerst ohnehin aus.

Abstimmung: 2 Enthaltungen, Rest dafür

Tagesordnungspunkt 4: Raumplanordnung Windenergie

Anette Moesta erklärt, dass die Verbandsgemeinde im Verfahren steht. Dieses beinhaltet die Flächennutzung. Die Firma Reitz und Partner plant das Gebiet. 2 Bauanträge liegen im Vorbehaltsgebiet vor (Mertloch/Gappenach). Zu bedenken sei, dass die Windkraftanlagen zukünftig eine Höhe von bis zu 160 Metern haben können. Abstimmung: 1 ist für die Einrichtung von Windkraftanlagen, 1 Enthaltung, Rest ist gegen Windkraft auf dem Maifeld.

Tagesordnungspunkt 5: Mitteilung der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Historisches Gebiet. Vorwiegend Hügelland mit breiten Flußtälern, im Osten in der Hohen Tatra Hochgebirge. Überwiegend ländliche Bevölkerung in den fruchtbaren Tälern. Anbau von Weizen, Mais, Zuckerrüben, Obst Gemüse u. Tabak; Eisen-, Gold-, Silber-, Zink- u. Bleierzlager; Hütten-, Textil-, Zellulose- u. chem. Industrie.

Zunächst von den Kelten bewohnt, die seit 300/200 v.u.Zt. von Germanen (Sweben, Wandalen, Markomannen, Langobarden) verdrängt wurden. Nach Wegzug der Langobarden 568, drängten Slowaken nach, die zunächst unter awarischer¹, dann fränkischer Oberhoheit standen; gehörten um 1000 – 1918 zu Ungarn; starke deutsche Besiedlung. Die slowakische Nationalbewegung des 19. Jhdts wurde auch durch die Magyarisierung² wider Willen gefördert. Als die amerikanischen Slowaken 1918 mit Masaryk³ den Pittsburgher Vertrag schlossen, der den Slowaken in einem neuen Staat Selbstregierung garantierte, wünschten sie eine dualistische Tschechoslowakei. Die Tschechen aber machten einen Einheitsstaat daraus und gewährten die versprochene Autonomie bis 1939 nicht. Mit deutscher Hilfe wurde eine „unabhängige“ Slowakei unter Tiso⁴ errichtet, die nach dem 2. Weltkrieg erneut in die Tschechoslowakei eingegliedert wurde.

Die Volksdemokratie (1945-1989): Die neue Regierung unter dem Sozialdemokraten Zdenek Fierlinger proklamierte am 5.4.1945 ihr Programm: Wohlfahrtsstaat, Verstaatlichung der Grundindustrien, Banken und Versicherungen, Verwaltungsreform, Säuberungen im Erziehungs- und Kulturbereich. Die rasche Aussiedlung der Sudeten- und Karpatendeutschen erschütterte das bisherige Sozialgefüge. Dank ihrer Kontrolle über Schlüsselministerien und Massenmedien wurde die KPC (Kommunistische Partei) stärkste politische Kraft. Der von der Sowjetunion erzwungene Verzicht auf die Teilnahme am Marshallplan⁵ (1947) erschwerte den Wiederaufbau der Wirtschaft. Die KPC, der die Sozialdemokraten in beiden Landesteilen im Juni bzw. Sept. 1948 zwangsweise eingegliedert worden waren, ging unter Abbau der slowak. Autonomie

daran, die gesamte Staats- und Wirtschaftsorganisation nach sowj. Vorbild zu ordnen und der Kontrolle der Partei zu unterwerfen.

1949 Mitgliedschaft im *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*⁶, 1955 im Warschauer Pakt⁷. Dem Kampf gegen die Kirchen 1949-51 folgten stalinistische Säuberungen innerhalb der KPC, denen auch der Generalsekretär R. Slánský zum Opfer fiel, er wurde am 3.12.1952 hingerichtet. Die Entstalinisierung in der UdSSR (ab 1956) wirkte sich in der Tschechoslowakei kaum aus. Nach 1962 sah sich der Staatspräsident Antonin Novotný zu einem liberaleren Kurs gezwungen. Die öffentliche Diskussion über die Ursachen der stalinistischen Terrorprozesse, wie auch die Forderung der Slowaken nach echter Föderalisierung entfachte Unruhen. Am 5.1.1968 wurde Novotný als 1. Sekretär der KPC von Alexander Dubcek abgelöst. Die nun folgende Reformphase des sogenannten „Prager Frühling“ brachte breite wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussionen inner- und außerhalb der KPC. „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ wurde gefordert, das Bündnis mit der UdSSR jedoch nicht in Frage gestellt. Mit diplomatischem und militärischem Druck gelang es nicht, die Reformen zu stoppen. Erst die militärische Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen des Warschauer Pakts am 21.8.1968 beendete den „Prager Frühling“. Dubcek wurde im April 1969 von G. Husák abgelöst. 1973 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakei einen Gewaltverzichtsvertrag. Die Kampagnen gegen den „Prager Frühling“ und gegen die von mehr als 1.000 prominenten Künstlern, Wissenschaftlern und ehem. Politikern getragene Menschenrechtsbewegung „Charta 77“ seit Sommer 1978 schadeten weltweit dem Ansehen der Tschechoslowakei. Durch innenpolitische Reformversuche in der UdSSR stellte sich die vorbehaltlose Unterstützung aller sowj. Initiativen in Frage. Eine breit angelegte Umstrukturierung der Wirtschaft, mit mehr Freizügigkeit in Entscheidungen der Unternehmen, setzte ein. 1987 gab Husak sein Amt auf. Bei der Regierungsbildung im April 1988 zeichnete sich eine vorsichtige Bereitschaft zu weiteren Reformen ab. Demonstrationen, die seit

August 1989 immer mehr Menschen auf die Straße brachte, wurden zunächst noch von der Polizei brutal niedergeschlagen. Das Volk, das sich im sogenannten Bürgerforum zusammenschlossen hatte, erzwang jedoch den Dialog zwischen Regierung und Opposition. Der Vorsitzende des Bürgerforums V. Havel wurde am 30.12.1989 zum Nachfolger von Husák gewählt. Im April 1990 erfolgte die Umbenennung in Tschechische und Slowakische Förderative Republik, bis 1993 beide Staaten selbständig wurden.

Mit der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrages, am 16.4. in Athen, wurde der Weg für die Slowakische Republik frei, am 1.5.04. der EU beizutreten. Die meisten Parteien der Slowakei reagierten darauf erwartungsgemäß mit positiver Zustimmung. Aus diesem Anlass trafen der slowakische Justizminister Daniel Lipsic und sein tschechischer Kollege Pavel Rychetsky zusammen, um eine Anpassung der Rechtsnormen an das EU-Recht abzustimmen. Beide Staaten verfügen ja noch immer über ein in weiten Teilen identisches Rechtssystem.

Die Wirtschaft der Slowakei befindet sich im Umbruch. Zu Zeiten der Tschechoslowakei waren in der Slowakei die Metallindustrie, die chemische Industrie, die Rüstungsindustrie und die energieerzeugende Industrie die Säulen der Wirtschaft. Die Slowakei galt als Waffenschmiede des Warschauer Pakts. Rund 60% der der unter dem Begriff Maschinenbau zusammengefassten Unternehmen gehörte zur Waffenindustrie. Dies änderte sich seit dem Umbruch im Jahre 1989 grundlegend.

In jüngster Zeit siedeln sich vermehrt Automobilunternehmen mit ihren Produktionsstätten in der Slowakei an, was auf großzügige Finanzförderungen der slowakischen Regierung zurückgeführt wird. Aber auch die sogenannte „Flat Tax“ zieht immer mehr Unternehmen an. Inzwischen befürchtet Österreich, dass sich zahlreiche Firmen mit ihrer Osteuropa-Zentrale aus Wien gen Bratislava verabschieden. Bratislava ist nach Prag die zweitreichste Wirtschaftsregion der neuen EU-Beitrittsländer. Kaufkraft und Produktivität liegen dort exakt im EU-Schnitt! Allerdings bieten

sich Großkonzernen, die mehrere Tausend Beschäftigte benötigen, rund um Bratislava kaum noch Arbeitskräfte. Zuletzt siedelten sich deshalb mit Hyundai und Volkswagen (bereits vor einigen Jahren mit einem zweiten Standort) zwei Automobilkonzerne in Zilina und dem 30 km entfernten Martin an. Die Automobilindustrie hat in jüngster Zeit offensichtlich eine Vorliebe für die Slowakei entwickelt. Volkswagen steigerte seine Produktion in Bratislava und PSA Peugeot Citroen eröffnete ein neues Werk in Trnava. Bereits jetzt kann man davon ausgehen, dass die Slowakei in den nächsten zwei Jahren - im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl - zu den drei größten Automobil-Produzenten der Welt gehören wird. Nachdem sich jetzt auch Hyundai entschloss, sein neues Werk in Zilina zu bauen, könnte die Slowakei die Nr. 1 in dieser Branche werden. Das neue Werk wird inklusive Zuliefererfirmen 5.000 Arbeitsplätze schaffen. 700 Millionen Euro wird Hyundai in sein erstes Werk in Europa investieren. Im Zuge dessen wird auch die Infrastruktur verbessert. Das letzte Teilstück der Autobahn von Bratislava nach Zilina soll bis Ende 2006 fertig gestellt sein. Nach einer Studie des Handelsblatt liegt die Slowakei deshalb ganz vorne in der Attraktivität für Neuinvestitionen unter den neuen EU-Mitgliedstaaten, vor allem für lohnintensive Massenproduktion.

¹ Awaren (Avaren); zu den Hunnen gehörendes, vermutl. Protomongolisches nomadisierendes Steppenvolk aus Zentral-Asien; ließen sich im 6. Jhd uZtr. an Donau und Theiß nieder, wo sie ein eigenes Reich errichteten, das nach der Niederlage (791-803) gegen Karl d. Gr. verfiel.

² Magyaren; ein dem finnisch-ungarischen Sprachkreis zugehöriges Volk, das, von der Gegend des Ural abwandernd, ab 896 das mittlere Pannonien, das Kerngebiet des heutigen Ungarn, besetzte. Die Mongoleneinfälle im 13. Jhd. und die Türkenkriege brachten große Bevölkerungsverluste; bis zum Ende des 19. Jhd.s blieben die M. im alten Ungarn in der Minderheit. Durch Assimilation von Nichtmagyaren (Magyarisierung nach 1848 offiziell betrieben) vergrößerte sich der Anteil der M. erheblich. Im heutigen Ungarn rd. 97% M.

³ Masaryk, Tomas 1850-1937; Professor für Philosophie u. Soziologie in Prag; Vertreter eines maßvol-

len tschechischen Nationalgedankens, den er zunächst im Rahmen der k.u.k. Monarchie zusammen mit den Deutschen, später durch Bildung eines eigenen Staats verwirklichen wollte. Seit 1900 Führer der tschech. Volkspartei, emigrierte 1914 u. Betrieb die Errichtung des tschech. Nationalstaates; 1918-1935 Staats-Präsident.

⁴ Tiso, Josef; 1887-1947 (hingerichtet), slowakischer Politiker, kath. Priester, führendes Mitglied der slowak. Volkspartei, 1938 Staatspräsident der Slowakei; wegen Kollaboration mit dem Nazi-Regime zum Tode verurteilt.

⁵ Marshallplan; amerikanisches Hilfsprogramm für den Wiederaufbau Europas am 3.4.1948 vom amerik. Kongreß beschlossen blieb wegen der Ablehnung der Ostblockländer auf polit. Partner der USA beschränkt: Belgien, BR Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien und die Türkei. Der M. umfaßte Sachlieferungen, v.a. Geschenke von Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie Kredite. Die Verteilung der Hilfsleistungen erfolgte auf Vorschlag der OEEC (Organisation für europ. Wirtschaftl. Zusammenarbeit) in Paris. Westeuropa erhielt bis Ende 1951 insges. 13 Mrd. Dollar von den USA.

⁶ RGW; 1949 in Moskau gegründete Organisation zur wirtschaftlichen Integration Ost und Ostmitteleuropas auf der Basis der Koordination der nationalen Volkswirtschaftspläne und der Spezialisierung und Kooperation der industriellen Produktion innerhalb internationaler sozialistischer Arbeitsteilung. Gründungsmitglieder: UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien; Mgl. Wurde die DDR (1950), Mongolische Volksrepublik (1962), Kuba (1972), Vietnam (1978), Albanien (formell seit 1949 Mitglied, blieb seit 1962 den Tagungen fern); Assoziierungsvertrag mit Jugoslawien (seit 1964); mit Finnland, Irak und Mexiko bestehen Rahmenabkommen zur Zusammenarbeit. Nach den Veränderungen in O-Europa 1990 beschloß der RGW 1991 seine Auflösung.

Leserbriefe

Wie wird die Halle finanziert?

Zum Thema Kulturhalle Ochtendung und zu der Informationsveranstaltung, die dazu stattfand, äußert sich dieser Leser.

Es tauchten kritische und nachdenkliche Stimmen auf, die sich auf die Finanzierung, die Unterhaltungskosten und auf die Nutzungsmöglichkeiten bezogen. Nicht um das Bauobjekt in Frage zu stellen, sondern um sich ein konkreteres und umfassenderes Bild von diesem zu verschaffen. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage sollten diese berechtigten Fragen nicht beiseite geschoben, sondern vom Entscheidungsträger mit bedacht werden. Es ging auch darum, ob die Halle Gewinne erzielen könne. Ohne Umschweife merkte dazu Ortsbürgermeister Theisen an, dass von einem defizitären Unternehmen auszugehen sei. Diese offene und ehrliche Kernaussage ist ihm hoch anzurechnen. Unbeantwortet blieb indes die Frage nach den regelmäßig anfallenden Unterhaltungskosten. Der aufmerksame Zuhörer musste den Eindruck gewinnen, dass man diesen

Gegenstand noch nicht angepackt hatte. Entspricht die architektonische und räumliche Gestaltung dem Bedarf der Vereine? Steht die Größe der Halle in einem angemessenen Verhältnis zu der Einwohnerzahl (derzeit 5500)? Und inwieweit und von wem kann die Halle darüber hinaus genutzt werden? Hier denken die Verantwortlichen an attraktive Events und an gewerbliche Vermarktungen. Kann man Erkundungen einziehen, wie es um eine Auslastung steht?

Dass die Bürgerhalle eine Bereicherung des öffentlichen Lebens darstellt, sei unbestritten. Der Aufwand sollte jedoch in einer vertretbaren Relation zu den vorhandenen finanziellen Mitteln stehen. Informationsveranstaltungen müssen zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden, nicht erst dann, wenn alles entschieden ist und Bedenken, Anregungen, wie auch dieser Leserbrief nichts als Makulatur sind.

Übrigens: Konkurrieren kann man auch mit einem ausgeglichenen Haushalt.

Karl Görres, Ochtendung

⁷ Warschauer Pakt; Militärbündnis, am 14.5.1955 in Warschau gegründet von Albanien, Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der CSSR, der Sowjetunion und Ungarn (Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand), löste sich am 30.6.1991 selbst auf.

Auf nebenstehender und den folgenden Seiten haben wir Ihnen aktuelle Veröffentlichungen der Rhein-Zeitung zusammengestellt. Diesen folgt ein ausführlicher Bericht der Einwohnerversammlung.

Kaum Spielraum zum Gestalten

Ochtendunger Rat beschloss Haushalt 2005 – Bürgerhalle weiterhin Thema

Erwartungsgemäß hat der Ochtendunger Gemeinderat den Haushalt 2005 nahezu einstimmig verabschiedet. Die RZ hatte das Zahlenwerk bereits vorgestellt. Es lässt kaum Spielraum für eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Pflichtaufgaben und Schuldendienst nehmen nicht nur alle Einnahmen in Anspruch, sondern zwingen die Kommune darüber hinaus, durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt das Defizit von rund 400 000 Euro im Verwaltungshaushalt zu decken. Jürgen Stange von der Wählergruppe „Ich tu's“ schwamm gegen den Strom und stimmte mit Nein.

OCHTENDUNG. Wegen der Erkrankung des Ortsbürgermeisters leitete der Erste Beigeordnete Clemens Neises die Haushaltssitzung in Ochtendung. Er wurde noch in der vorgeschalteten Bürgerfragestunde mit der Forderung von Jürgen Stange von der Wählergruppe „Ich tu's“ kon-

frontiert, diejenigen sollten sich bei ihm öffentlich entschuldigen, die ihn bei der Vorstellung des Projekts Bürgerhalle beschimpft hätten.

Dieter Puschke (SPD) sagte dazu, die Themenstellung sei nicht geeignet, in der Einwohnerfragestunde oder Ratssitzung geklärt zu werden. Sein Ratskollege Emil Barz (CDU) sah keine Veranlassung, zu der Forderung Stellung zu nehmen.

Die Aussprache des Ochtendunger Gemeinderates konzentrierte sich schließlich auf den Haushalt. „Die Gewerbesteuer ist keine verlässliche Größe mehr“, bedauerte Emil Barz, der für die Fraktion der Christdemokraten Stellung bezog. Als positiv wertete er die Feststellung, dass die Gemeinde in der Lage sei, den Haushalt auszugleichen. Das Projekt Bürgerhalle werde als zukunftsweisend angesehen. Seine Fraktion werde das Vorhaben konstruktiv begleiten.

„Der Ausgleich wird uns jetzt nochmals gelingen, weil noch Veräußerungen möglich sind“, entgegnete Lothar Kalter, der Sprecher der SPD-Fraktion. Er sah von 2006 an eine Menge Hausaufgaben.

Dabei forderte er von der Verwaltung ein eigenes Kindergarten- und Kindertagesstättenkonzept, um den möglicherweise rückläufigen Bedarfszahlen zu begegnen. Was die Bürgerhalle angehe, stehe die SPD-Fraktion voll hinter der Entscheidung für den Bau. Man verstehe die Anti-Stimmung nicht, die sich in Teilen der Bevölkerung breit mache.

Seine Fraktion, so machte er deutlich, gehe keinen Schritt zurück. Trotz der Vorbehalte wegen der Erhöhung der Grundsteuern werde die SPD den Haushalt mittragen, sagte Kalter. Günter Weis gab seitens der FWG-Fraktion grünes Licht. Jürgen Stange stimmte mit Hinweis auf die ablehnende Haltung zur Bürgerhalle mit Nein. (hi)

Ochtendung: Wieso die Steuern steigen

Für Grund und Boden müssen die Bürger künftig mehr Geld zahlen

Grundstücksbesitzer, Mieter sowie Land- und Forstwirte werden künftig in Ochtendung stärker zur Kasse gebeten. Laut jüngstem Gemeinderatsbeschluss steigt der Hebesatz der Grundsteuer um 30 Prozentpunkte an. Eine Erhöhung, die ohne das Projekt Kulturhalle nicht nötig gewesen wäre, sagen Kritiker des millionenschweren Baus. Heute Abend soll in einer Einwohnerversammlung die Halle noch einmal Thema sein.

OCHTENDUNG. Ein Plus von rund 36 000 Euro erwartet die Gemeinde Ochtendung von ihrem Beschluss, mehr Geld für Grundbesitz zu verlangen. Der so genannte Hebesatz für diese Steuer wird laut Gemeinderatsbeschluss von 330 auf 360 Prozentpunkte angehoben. Im Maifeld nimmt die Gemeinde mit diesen Zahlen dann zusammen mit Polch eine Spitzenposition ein.

Ohne den Bau der Kulturhalle, die von den Ochtendungen mit rund 2 Millionen Euro Eigenanteil finanziert wird, wäre auch eine solche Erhöhung nicht notwendig geworden, sagen Kritiker des Baus. Dagegen steht die Meinung vieler Ratsmitglieder, die in dem Schritt eine logische Maßnahme im Hinblick darauf sehen, dass auch der Kreis angekündigt hat, seine Umlage zu erhöhen. Für die Kommunen bedeutet das, dass sie mehr Geld an den Kreis abführen müssen.

Für diesen Schritt werde nun vorgesorgt, erklärte Bürgermeister Reinhard Theisen. Einen Zusammenhang zwischen der Erhöhung und dem Bau der Bürgerhalle gebe es nicht. „Erst, wenn die Halle steht, müssen die laufenden Kosten aus dem Verwaltungshaushalt gedeckt werden. Da das aber noch nicht der Fall ist, kann das Geld auch nicht dahin fließen.“ Theisen betonte, dass die Anhebung der Sätze vor allem im Hinblick auf die Pläne der Kreisverwaltung zu sehen sei: „Jeder Prozentpunkt, der von dieser Seite aus erhöht wird, kostet uns rund 20 000 Euro. Durch die Anhebung der Grundsteuer können wir diesen Verlust dann wenigstens teilweise ausgleichen.“

Ganz anders sieht das Jürgen Stange, der die Initiative „Ich tu's“ im Rat vertritt. „Ohne diese irrsinnig teure Halle müssten man auch die Hebesätze nicht anziehen“, so lautet seine Argumentation. Er habe einen Blick in die Akten bezüglich der Halle geworfen und festgestellt, dass im genehmigten Antrag für die Fördermittel diese Erhöhung sogar als Maßnahme eingeschrieben sei.

Laut Stange sei hier vermerkt, dass die Gemeinde 2005 die Realsteuer um 30 bis 35 Prozentpunkte anheben würde. „Wir müssen also wohl noch einmal mit einer Mehrbelastung rechnen“, so Stange, der unter anderem diesen

Punkt bei der Einwohnerversammlung heute Abend zur Sprache bringen will.

Von einer solchen Vorschrift könne keine Rede sein, sagte dazu Reinhard Theisen. „Niemand kann der Gemeinde sagen, dass sie ihre Sätze anheben muss, darüber entscheidet sie selbst“, so der Bürgermeister zu dem Vorwurf. Lediglich eine Empfehlung könne ausgesprochen werden. Dies sei so auch sinnvoll, da eine Gemeinde einen entsprechenden Finanzierungsplan für Großprojekte vorweisen müsse. Und zu diesem gehöre auch die sichtbare Bemühung, dem Haushalt Einnahmen zuzuführen.

Trotzdem, so betonte Theisen, habe die jetzige Anhebung mit der Gemeindehalle nichts zu tun. „Es gibt andere Einrichtungen, die sich für uns nicht tragen, wie beispielsweise die Kindertagesstätten. Auch die müssen finanziert werden.“ Als Gemeinde müsse man sich darüber hinaus auch gegen den Trend der Zeit verhalten. „Gerade wenn die Wirtschaft nicht richtig läuft, sind Aufträge wie der Bau der Halle wichtig.“

Sabine Cibura

■ Am heutigen Dienstag, 7. Dezember, gibt es im Foyer der Wernerseckhalle eine Einwohnerversammlung, in der schwerpunktmäßig über die Kulturhalle gesprochen wird. Auch der Architekt Rainer Dumont ist anwesend. Beginn ist um 19 Uhr.

Bürger diskutierten über Kulturhalle

Bei der Einwohnerversammlung in Ochtendung wurde heftig diskutiert

Die Bürger von Ochtendung wollen den Neubau einer Kulturhalle. Das Projekt wird als wichtig angesehen für die Entwicklung der Gemeinde. Auf Grund der hochmodernen Konzeption und der attraktiven Lage versprechen sich die Entscheidungsträger eine kosten-senkende Vermarktung.

OCHTENDUNG. In einer gut besuchten Bürgerversammlung haben Ortsbürgermeister Reinhard Theisen und Architekt Rainer Dumont den Zuhörern die Pläne zur neuen Bürgerhalle vorgestellt.

Im Genehmigungsverfahren musste die Gemeinde Abstriche hinnehmen. So wurde auf eine Hausmeisterwohnung, Kegelbahnen und einen dritten Mehrzweckraum verzichtet. Dadurch konnte man die Gesamtkosten auf 4,02 Millionen Euro drücken. Als förderfähig anerkannt wurden 3,7 Millionen Euro. Das Land fördert 1,5 Millionen Euro.

Nach dem Sachstandsbericht des Ortsbürgermeisters meldete sich Jürgen Stange, Ratsmitglied der Gruppe „Ich tu's“, zu Wort. Seiner Meinung nach ist die Gemeinde gezwungen, die Grundsteuersätze erneut anzuheben, um die Kosten für Finanzierung und Unterhaltung der Bürgerhalle zu decken. Er rechnete vor, dass über den Haushalt jährlich mehr als 200 000 Euro aufgebracht werden müssten, und appellierte an die Ver-

antwortlichen, den Bau der Halle zu stoppen, weil diese von den Bürgern so nicht gewollt sei. Stange war bei seinen Ausführungen verbalen Attacken ausgesetzt.

Dieter Puschke widersprach den Ausführungen seines Vorredners und sagte, jede Gemeinde, die attraktiv bleiben wolle, müsse investieren. „Wenn wir das nicht bringen, werden wir kein öffentliches Leben mehr in Ochtendung haben“, prophezeite das SPD-Ratsmitglied. Das sah der Ortsbürgermeister genauso. „Wenn wir am Bedarf vorbei geplant hätten, hätten wir keine Bewilligung erhalten“, meinte Reinhard Theisen.

Das Dorf verfüge über eine nicht vergleichbare Vereinsstruktur. Gerade die Vereine trügen dazu bei, dass der Ort attraktiv sei und bleibe. Und Emil Barz, Fraktionssprecher der CDU, fügte an, die Kommunalaufsicht habe bestätigt, dass die Gemeinde in der Lage sei, das Hallenprojekt zu finanzieren.

Nach der Vorstellung der Konzeption durch den Architekten gab es einige kritische Fragen. Horst Fuhrmann, der Vorsitzende des größten Ochtendunger Vereins, der DJK, meinte, die Nebenräume seien etwas zu klein. Außerdem wollte er wissen, wer eine Halle in dieser Größenordnung nutzen solle. Der große Saal hat einen Durchmesser von 32 Metern und verfügt damit

über 750 Quadratmeter Nutzfläche. Es können bis zu 648 Menschen an Tischen sitzen, oder 768 bei einer Bestuhlung ohne Tische.

Eine schalldichte Trennwand ist nicht vorgesehen. Die Halle kann aber optisch aufgeteilt werden. Peter Weiler, Ars Musica, bemängelte die beiden Mehrzweckräume. Durch die angegliederte Küche würden die beiden Räume mehr getrennt als verbunden. Außerdem wollte er wissen, ob Vereine für die Nutzung zahlen müssen. „Wenn wir als Verein noch Geld für Probenräume zahlen müssen, können wir zumachen“, meinte der Vorsitzende des größten Ochtendunger Gesangsvereins.

Der Ortsbürgermeister beruhigte die Fragesteller. Bei gewerblicher Nutzung sei ein höherer Mietpreis zu zahlen als bei Familienfeiern oder für Proben eines Vereins. Doch mit diesen Dingen werde sich der Kulturhallenausschuss beschäftigen. Theisen geht davon aus, dass durch die Halle nicht nur das kulturelle Angebot der Gemeinde verbessert, sondern auch ein hoher Auslastungsgrad erreicht wird.

Durch die Konstruktion mit Mittelbühne und Laufsteg werde die Halle für größere gewerbliche Veranstaltungen attraktiv. Die erfolgreiche Vermarktung soll durch ein geeignetes Management erfolgen. (hi)

Ausführlicher Bericht der Einwohnerversammlung vom 7. Dezember 2004 Thema: Kulturhalle Ochtendung

Pflicht verschlingt Geld für die Kür

Im Haushaltsentwurf von Ochtendung gibt es kaum finanziellen Spielraum

Am morgigen Mittwoch verabschiedet der Rat in Ochtendung den Haushalt für das kommende Jahr. Neben Haushaltschwerpunkten, wie dem Bürgerhallenbau, birgt das Zahlenwerk keine überraschenden Ausgaben. Auf Grund der angespannten finanziellen Situation bleibt der Gemeinde kein Geld mehr übrig, um noch freiwillig zu investieren. Die Ausgaben im Vermögenshaushalt können nur mit einem Kredit über rund 1,6 Millionen Euro ausgeglichen werden.

OCHTENDUNG. Gerade, was die freiwilligen Ausgaben der Gemeinde Ochtendung angeht, sieht Bürgermeister Reinhard Theisen das Sparpotenzial im Haushalt ausgeschöpft. „Das, was wir beispielsweise an die Vereine zahlen, sind bloß noch Anerkennungsbeiträge für das ehrenamtliche Engagement“, so Theisen.

Was den Verwaltungshaushalt angeht, bietet der Entwurf für 2005 demnach auch kaum Überraschungen. Die Ausgaben der meisten Posten gehen im Vergleich zum Vorjahr zurück. Für Jugendpfleger und -berater sind dagegen 12 050 Euro eingestellt. „Gerade, was Jugendhilfe und Jugendarbeit angeht, wollen wir weiter investieren“, sagt Theisen. Bei aller Sparsamkeit fehlen im Verwaltungshaushalt dennoch 409 535 Euro, eine Lücke, die durch den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken geschlossen werden

soil. Grund für diese Einbußen sind vor allem konjunkturbedingte Verluste bei der Gewerbesteuer in Höhe von 250 000 Euro. Dazu kommen noch Ausfälle in der Lohn- und Einkommenssteuer von 110 781 Euro. Durch die so genannte Einkommenssteuerentlastung bekamen nämlich zu Beginn 2004 die Steuerzahler zwar mehr Geld ins Portemonnaie, dieses fehlt jetzt jedoch den Kommunen. Gerade, was die Umlagerhöhung in Folge von Hartz IV angeht, kommen Ochtendung die dürftigen Gewerbesteuerentlastungen zugute. Denn auf Grund dieser Zahlen wurde auch die Umlage ermittelt, so dass die Gemeinde „nur“ rund 37 000 Euro mehr als 2004 zahlen muss.

Im Vermögenshaushaltsentwurf macht die Bürgerhalle die größte Ausgabe aus: 2,2 Millionen Euro sind hierfür eingestellt. Dazu kommen die Sanierungsarbeiten an der Burgruine Wernerseeck (250 000 Euro, es werden Fördergelder erwartet) und die Erschließung eines Baugeländes (150 000 Euro).

Insgesamt sind mehr als 3 Millionen Euro verplant, 1,6 Millionen Euro müssen per Kredit finanziert werden. Zusammen mit Schulden aus den vorigen Jahren steigen Ochtendungs Schulden damit auf rund 7,2 Millionen Euro an.

Sabine Cibura

■ Die Sitzung am Mittwoch, 15. Dezember, beginnt um 19.30 Uhr im Sitzungssaal I.

Die Einwohnerversammlung stieß auf großes Interesse seitens der Bevölkerung. Etliche Stuhlreihen mußten, zu den vorhandenen, nachgestellt werden. Nach der Einführung des Bürgermeisters erbat Jürgen O. Stange, von „Ich tu's“ das Wort zum Thema. Er wies auf die hohe Verschuldung der Gemeinde hin, und daß unter diesen Umständen eine derart überdimensionierte Halle, die noch nicht einmal den Bedürfnissen der Ochtendunger Vereine entspricht, verantwortungsloser Umgang mit fremden, in die-

sem Falle Bürgergeldern sei. Diese Rede von Jürgen O. Stange ist von teilweise wüsten Beschimpfungen seitens einiger Ratsmitglieder begleitet worden, u. a. „Du zahlst doch nichts!“, „Du Demagoge!“.

Ein Bürger verbat sich diese Unterbrechungen: „Lassen

Sie den Mann doch mal ausreden!“

Stange appellierte an die verantwortlichen, anwesenden Gemeinderatsmitglieder, diese Halle so nicht zu bauen, den Bauauftrag zu stoppen, trotz dann zu zahlender Konventionalstrafen. Lieber jetzt noch einmal in die Tasche greifen, führte er aus, als unseren Enkeln eine Hypothek aufzuerlegen, die den Ochtendungern so noch nicht einmal dient. Die Rede endete mit dem Rat: „*Bedenken Sie, Gemeinderatskollegen, nach der Wahl ist vor der Wahl!*“

Dieter Puschke (SPD) antwortete auf die Rede. Er verwies darauf, Zitat: *daß die Verschuldung von Ochtendung nicht so ernst zu nehmen sei, da wir in einem kameralen¹ System leben. Er bat die Anwesenden, sich nicht von diesen offenkundig und offensichtlichen Argumenten, nicht hinters Licht führen zu lassen, sondern darauf zu hören, was Dumont zu sagen hat und sich seine Meinung zu bilden.* Zitat Ende. Bürgermeister Theisen stimmte der Rede Puschkes zu und erwähnte, daß die Gemeinde Ochtendung über eine überdurchschnittlich gute Vereinsstruktur verfügt. Die Vereine tragen maßgeblich dazu bei, daß der Ort attraktiv ist und attraktiv bleibt. Er übergab Rainer Dumont das Wort, der eindrucksvoll die Anwesenden mittels 3D Animationen in die Welt der Kulturhalle „entführte“. Peter Weiler, Vorsitzender von Ars Musica, reklamierte nach dem Vortrag die für die Vereine interessanten Nebenräume als zu klein, insbesondere mit der ungeschickt eingeplanten kleinen „Tee-Küche“, die eine sinnvolle Zusammenlegung für eine Vereinsveranstaltung noch nicht einmal ausreiche und in dieser Lage eher stört. Er wollte wissen, ob Vereine für eine Probe in diesen

Räumen Miete zahlen müssen, wenn ja, dann könnten sie früher oder später dichtmachen. Antwort Theisen: Mietpreise stehen noch nicht fest, jedoch wird ein Verein weniger zahlen müssen, als ein gewerblicher Nutzer.

Horst Fuhrmann, Vorsitzender der DJK wollte wissen, wer diese Halle, wie oft, in dieser Größenordnung nutzen kann. Es fallen ihm nur wenige Veranstaltungen ein, die derzeit in Ochtendung stattfinden. Die Nebenräume seien ihm für eine alternative Nutzung zu klein, zumal sie schwer miteinander zu verbinden sind. Wörtlich endet er: „Also ich habe persönlich ein Problem mit der Nutzung der Halle. Wer soll sie nutzen?“ Umfangreiche Erklärungen von Theisen bezüglich der Nebenräume, gingen nicht auf eine Beantwortung der Fragen von Fuhrmann ein.

Ein Bürger: „Herr Theisen, Sie sprachen vorhin davon, daß es sich bei dieser Halle um eine defizitäre Anlage handelt. Hat der Gemeinderat eine Art Plan entwickelt, wie die Defizite haushalterisch abgefangen werden sollen, zumal ich davon ausgehe, daß alles was sie bisher vorgetragen haben, eine reine Annahme ist, daß eine Auslastung durch Vereine stattfindet, die z. Zt. nicht gesichert ist, da die Vereine noch gar nicht entscheiden können, weil sie nicht wissen, welche finanzielle Situation auf sie zukommen wird. Es wurde heute Abend angefragt, welche Mietkosten entstehen, Wenn, nehmen wir mal wirklich ein krasses Beispiel an, dies Ding wird ein Flop. Das heißt, es werden jährliche Betriebskosten kommen, wie werden diese aufgefangen, wenn die Auslastung, so wie Sie es sich jetzt vorstellen nicht eintreffen?“

Antwort Theisen: „Mit Hilfe der Vereinsnutzung werden wir eine Defizitminimierung nicht erreichen. Die Defizite können letztendlich nur durch eine kommerzielle Vermarktung abgebildet werden. Da ist diese Halle im Vorteil zu vielen vergleichbaren Hallen, weil sie von ihrer Architektur her einem größeren Nutzerkreis zugänglich gemacht werden können, u.a. Stegverbindung von der Bühne zur Mittelbühne. Und letztendlich werden die kommerziellen Veranstalter dazu beitragen, die Defizite in Grenzen zu halten.“

Der gleiche Bürger: „Herr Theisen, entschuldigen Sie, daß ich noch einmal nachhake: Daß für die Attraktivität und den Standort Ochtendung was getan werden muß steht außer Zweifel. Das ist oft genug erwähnt worden, die Entscheidung ist ja auch gefallen. Daß es auch Sinn macht diese Halle hier entsprechend zu präsentieren in der Ortschaft auch in Konkurrenz zu anderen Kommunen, auch das sei unbenommen. Meine Frage aber noch einmal: Was

passiert wenn die Defizite hier nicht aufgefangen werden können durch eine Vermarktung, was wir uns nicht wünschen. Wir wünschen Ihnen lieber ein positives Ergebnis, daß wir Einnahmen haben, aber es könnte auch konträr kommen? Das bedeutet, daß wir im Prinzip diese Defizite über die Bürgerschaft Ochtendungs wieder abgefangen werden. Sagen Sie mir bitte einfach nur ja oder nein!“

Antwort Theisen: „Kann ich nicht sagen! Da gib'ts kein ja oder nein. Weil es eine rein hypothetische Diskussion ist. Wir wissen im Prinzip auf Stand heute nicht, wie hoch wird letztendlich das jährlich Defizit sein. Man kann Vergleichsobjekte heranziehen, dann wird man sehr schnell feststellen, das hängt schon mal von der Lage der Halle ab, manche Hallen scheiden für kommerzielle Veranstaltungen aus. Wir wissen was an Unterhaltungsaufwand ungefähr entstehen kann, aber wir können nicht sagen, der Unterhaltungsaufwand ist gleich dem Defizit das im Jahr entstehen wird. Das würde ja bedeuten, die Halle wird vom ersten Tag an überhaupt nicht genutzt. Das ist relativ unwahrscheinlich.“

Fuhrmann: „Ich habe ein Zusatzfrage dazu: Es muß aber doch eine Vorstellung hier existieren, wie hoch die Unterhaltskosten dieser Halle im Jahr sind. Und im schlechtesten Falle *worst case*, bleiben diese Kosten komplett bei der Gemeinde hängen. Wie groß ist denn diese Zahl?“

Theisen: „Kann keiner jetzt im Prinzip sagen.“

Fuhrmann: „Aber Sie müssen doch eine Kostenrechnung dafür aufstellen können! Was kostet die Unterhaltung! Heizung, Reinigung etc. pp. Schulden das muß man doch rechnen können.“

Theisen: „Das ist richtig.“

Weiß: „Wenn es nach dem Herrn Stange geht, müssen das jeden Tag 500,00 Euro sein, richtig?“

Bürgerin Zwischenruf: „Dann sagt doch wat et is!“

Weiß: „Man sollte sich über eines im Klaren sein, die Mehrheit hat beschlossen, daß die Halle gebaut wird. Ich persönlich war zuerst skeptisch, genauso wie in der Pressemitteilung sage ich es hier öffentlich, man kann nicht immer einfach sagen, komm wir werden uns zurückhalten, sondern komm wir gehen nach vorne, wir tragen die Sache und gucken mal wie es weiter geht.“

Entrüstung beim Bürger: „Halt, halt hat! Wir wünschen uns ja Einnahmen und keine Defizite. Ich weiß auch nicht, ob der Herr Stange entsprechende Hochrechnungen gemacht hat, die wirklich fundamementiert ist, er hat eine Zahl genannt...“

Einwurf Theisen: „...das ist reine Spekulation, ist reine Spekulation.“

Bürger: Hypothetisch ist auch die Annahme, wieviel Veranstaltungen in der Halle stattfinden. Die Frage für mich ist ja nur, wenn es dementsprechend nicht so eintrifft, wie wir das wünschen, gibt es einen Notfallplan seitens der Gemeinde, wo man sagen kann, wir können dann auf weitere Zuschüsse des Landes hoffen, oder muß die Gemeinde es alleine abfangen? Und damit ist natürlich eine Umlage auf die Gemeindeglieder hier in Ochtendung abseh- und vorhersehbar.“

Theisen: „Die Frage, sage ich jetzt mal, kann man so nicht beantworten. Ich will Ihnen mal ein anderes Beispiel nennen: Es gibt in der Kommune Sportanlagen... Spielplätze, die den Bürgern kostenlos zur Verfügung stehen. Diese können sich keiner betriebswirtschaftlichen Überprüfung stellen....“

Bürger 1. Reihe: „....Das ist ein anderes Thema! Das darf ja auch defizitär sein, aber Sie müssen doch wissen, wie jede Firma macht das, macht eine Vorplanung, was die für Kosten hat, im kommenden Jahr. Die macht sogar eine Dreijahresvorplanung und das muß ich wissen, dann kann man nachrechnen, was dabei herauskommen muß. Das ist der erste Punkt, also da können Sie reden was sie wollen.“

Theisen: „Nein, das ist nicht so. Da muß ich direkt entgegenen: Weil, aus folgendem Grund, der Herr Puschke hat anfangs des Abends deutlich gemacht, daß Kommunen die sogenannte Kameralistik anwenden und nicht die Doppig, wie wir sie in der Betriebswirtschaft kennen. Das wird sich ändern, ab dem Jahre 2007 werden alle Kommunen in Rheinland-Pfalz die sogenannte Doppig anwenden, die doppelte Buchführung, wie sie jeder normale Unternehmer und Geschäftsmann anwenden muß. In dem Moment hat die Kommune aber auch die Möglichkeit, wenn sie ein Objekt verwirklicht Abschreibungen steuerlich geltend zu machen, dem Grunde nach, kann sie heute nicht....., ...Soll ich mich jetzt hier heute Abend hinstellen und soll Ihnen sagen, das Defizit beträgt, wegen mir Summe X, das kann ich nicht.“

Bürger aus 1. Reihe: „Das muß man vorher gar nicht! Das darf ja defizitär sein. Aber die Summe muß man vorher sagen können. Da können Sie reden, das ist ein trauriges Beispiel.“

Theisen später: „Ich hab jetzt die Zahlen von 2001, da sind damals persönliche und sächliche Kosten in H. von rund 110.000,00 DM zu Grunde gelegt worden, dem sind Einnahmen, Nutzungsgebühren, auch das galt aus Erfahrungswerten der Nachbarkommunen, von 50.000,00 DM entgegengesetzt worden. Die Differenz ist das, was wir ungefähr tragen müssen.“

Wortmeldung Stange: „In der 2. Gemeinderatssitzung habe ich auf eine schriftliche Anfrage, was kostet die Halle im Jahr an lfd. Kosten, Abtragungen, Zinsen und Unterhaltungskosten, eine Antwort bekommen. Welche Summe haben Sie öffentlich genannt, in der öffentlichen Sitzung, können Sie sich daran noch erinnern?“

Antwort Theisen: „Auswendig jetzt nicht.“

Stange: „Sie haben mir 200 - 220.000,00 Euro gesagt, ich hab noch mal nachgefragt, ob da die Unterhaltungskosten auch wirklich mit drin sind, das konnten Sie so sicher nicht sagen. Und auf dieser Basis, die Sie in der öffentlichen Sitzung geäußert haben, die mitgeschrieben wurde, kann man sich ganz leicht, und jeder der hier sitzt, ausrechnen, da kommen wir automatisch auf die 500,00 Euro pro Tag. Das ist keine Summe vom Herrn Stange, die er sich aus der Nase gezogen hat, die haben Sie uns in der öffentlichen Sitzung genannt. Das nur mal hier zur Erklärung.“

Theisen: „Dann ist die Frage, ich kann es jetzt nicht auswendig beurteilen, wie hoch ist da der Anteil zum Beispiel an Finanzierungskosten hängt auch davon ab, inwieweit die Eigenmittel, sagen wir mal man liest ja in Ochtendung vieles und man liest ja leider, ich sage es mal relativ direkt, vieles was so oberflächlich dahin geworfen wird und vieles was wirklich der Stimmungsmache dient und leider auch manchmal in der Tagespresse.“

Theisen führte danach noch allgemein zur Gesamtsituation Ochtendungs aus, daß die Presse und auch die Tagespresse negativ über Ochtendung schreibe und nur zu einem schlechten Meinungsbild führe.

Theisen: „Mich wurmt es, mich wurmt es, wenn jahrelange mühevollen Arbeit durch oberflächliche Veröffentlichungen in Frage gestellt werden.“

Anmerkung hierzu: Da unsere Veröffentlichungen auf der Basis von Recherchen und aktuell Erlebtem bestehen, somit alles andere als oberflächlich sind, fragen wir uns, wen der Bürgermeister gemeint hat?

¹ Kameralismus, lat. Cameralia, Lehre der landesfürstlichen Verwaltung; Bezeichnung für die Wirtschaftswissenschaften in Dtschld. während des Merkantilismus (Wirtschaftspolitik des Staates im Absolutismus = absolute Monarchie im 17./18. Jh.; seine schärfste Ausprägung erfährt er im Gottesgnadentum, Polizeistaat, stehendem Heer und Staatswirtschaft. Mosaik Handlexikon 1981)

Landrat Albert Berg-Winters eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr. Sie umfasste 9 Tagesordnungspunkte (TOP), und erstreckte sich über 3,5 Stunden. Für Sie als Leser sind grundsätzlich 2 TOP erwähnenswert.

TOP 3: Entwurf des Regionalen Raumordnungsplanes Mittelrhein-Westwald - Teilplan Windenergienutzung

Die betroffenen Verbandsgemeinden und Städte des Kreises wurden im Vorfeld zu diesem Konzept von Windkraftanlagen (WKA) befragt. Einhellig, aus unterschiedlichen Gründen, wurde Ablehnung bekundet. Neuere Argumente, die der Landrat in der Beurteilung einbrachte waren u.a. die Landschaftsbelastungen, nach Landespflegegesetz. Diese Argumente hatten bisher von den Entscheidungsträgern keine Berücksichtigung gefunden.

Abstimmresultat: 3 (Grüne) für die Errichtung von WKA, eine Enthaltung, der Rest ist gegen die Errichtung von WKA in den betroffenen Gebieten.

TOP 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005

Von der CDU und der SPD wurde ein gemeinsamer Antrag gestellt: Erhöhung der Kreisumlage um 3,02 %, auf 37,8 %. Mit dieser Erhöhung planen sie das finanzielle Defizit des Kreises auszugleichen. Die Bündnis 90/Grünen stimmen diesem Haushaltsplan nicht zu. Der Kreis soll erst einmal beweisen, daß gespart und nicht verschwendet wird. Die Verwaltung muß das Einsparen zunächst realisieren. Dr. Fleischer, FDP, führt aus: „*Städte und Gemeinden haben zwar kein Geld - der Landkreis hat schon lange keines mehr. Auf der einen Seite ist kein Geld in der Kommune, auf der anderen Seite will diese eine Grillhütte bauen. Wenn die Leute grillen wollen, dann sollen sie sich ihre Hütte selber bauen!*“

Bürgermeister Maximilian Mumm (Münstermaifeld) erklärte zur Forderung eines Rücktritts von Berg-Winters: „*Wenn alle Landräte aufgrund von finanziellen Fehlbeträgen zurücktreten müssten, dann hätten wir umfangreiche Neuwahlen.*“

Beim Abstimmresultat beschränken wir uns auf den Antrag der CDU/SPD (Kreisumlagerhöhung): 3 dagegen; 2 Enthaltungen; der Rest für die Umlagerhöhung.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

WANN: Am 9. Februar 2005, 19.11 Uhr

WO: Im Saal, Gasthaus zur Post

Hinweis: Wer Hering essen möchte,
bestellt bitte unter Telefon: 6129 (Henk)



Ich tu's

Die -BÜRGER-Initiative e.V.



„Städte und Gemeinden haben zwar kein Geld -
der Landkreis hat schon lange keines mehr.
Auf der einen Seite ist kein Geld in der Kommune,
auf der anderen Seite will diese eine Grillhütte bauen.
Wenn die Leute grillen wollen, dann sollen sie sich ihre Hütte selber bauen!“

Zitat von Dr. Fleischer (Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreis)

Mein Name ist Rica. Manchmal heiße ich auch Nina, Chantal, Marcel, Janik oder Simon. Eigentlich habe ich ganz viele Namen. Ich bin ein Wunschkind. Ein Wunschkind ist ein Kind, das sich die Eltern gewünscht haben und das in seinem Leben dann viele Wünsche frei hat. Im letzten Jahr sollte wir in der Klasse zu Weihnachten einen Wunschzettel schreiben. Viele hatten den gleichen Wunsch. Ich war mir ganz sicher, dass er für mich in Erfüllung geht. Aber als ich Mama unter dem Weihnachtsbaum danach fragte, schüttelte sie den Kopf. „Das gibt es so selten und ich habe es auch noch nie besessen“, meinte sie. Am nächsten Morgen habe ich Papa gefragt. Der vergrub sich hinter seiner Zeitung und murmelte: „Ach mein Schatz, bei der vielen Arbeit, die ich habe, kann ich nicht auch noch danach suchen.“ ‘Oma’, dachte ich, ‘Oma kann mir bestimmt helfen.’ Sie wohnt mit Opa drei Häuser weiter. Als ich Oma meinen Wunsch erzählte, war sie gerade wieder einmal auf dem Weg zum Doktor. „Mein liebes Kind, da kann ich dir auch nicht helfen,“ winkte sie ab. „Früher, ja früher, da hat man das öfter mal gehabt, aber heute...!? Opa, der hatte es auch einmal, als wir geheiratet haben. Aber dann ist es ihm irgendwie abhanden gekommen. Er hat doch wirklich geglaubt, dass er es wiederfinden könnte, wenn er Rentner ist.“ Am ersten Schultag nach den Ferien habe ich der Lehrerin traurig erzählt, dass mein Wunsch noch nicht erfüllt wurde. „Schau dich doch einmal um! Da geht es dir wie den Meisten. Nicht einmal ich hätte so etwas Kostbares zu verschenken!“, erwiderte sie. Darum möchte ich Dich heute fragen:

„Hast DU vielleicht.... ZEIT FÜR MICH?“

2. Preis Catharina Vonolfen,
11 Jahre alt, Kobern-Gondorf

Bisch. Cusanus Gymnasium Koblenz,
Lehrerin Frau Kohl

Gedicht des Monats

**Es kann sein,
dass nicht
alles wahr ist,
was ein Mensch
dafür hält
(denn er kann irren);
aber in allem,
was er sagt,
muss er
wahrhaft sein
(er soll nicht täuschen).**

Immanuel Kant

Philosoph, *22.4.1724 Königsberg,
+12.2.1804

Nach 10 jährigem Schweigen überraschte er die Fachwelt mit der Schrift „Kritik der reinen Vernunft“. Er stellt für sich fest: Eine der Physik vergleichbare Metaphysik der „Dinge an sich“ bzw. des Übersinnlichen gibt es nicht, wohl aber sind die Ideen des Übersinnlichen (Gott, Freiheit, Unsterblichkeit) notwendige Vernunftsbegriffe, die wir, da sie theoretisch unerkennbar sind, in der „praktischen Vernunft“ realisieren, d.h. zur Grundlage unseres Handelns machen müssen.

Neue Steuergesetze 2005

! Schluß mit Jammern

Bei uns zahlen Sie auch ab 2005
keine Kapitalertragsteuer für
Ihre private Altersvorsorge!

Telefon: 0 26 25 / 71 96
Fax: 0 26 25 / 55 65
Mobil: 01 71 / 1 80 74 25



**Fordern Sie noch heute unsere
kostenlose Infobroschüre an!**

Löhr
Liechtenstein

Impressum:

OF DEMO DINGE ist ein Kulturprojekt des
Ich tu's Verlag und der
A. Patrick Simmer Medientechnik

Die Erscheinungsweise ist monatlich
kostenlos in allen Haushalten
in Ochtendung

Die Auflage ist derzeit 2.000 Expl.

Redaktion:

Jürgen O. Stange
A. Patrick Simmer

Vertrieb:

Ich tu's Verlag
Festungstr. 7, 56299 Ochtendung
Telefon: 02625/953278

Herstellung:

A. Patrick Simmer Medientechnik